

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersparkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 5,20.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Pettizeile oder deren Raum 1 M.,
für Versammlungsanzeigen 40 M. pro Zeile.

Wohnungsgenossenschaften gegen Wohnungsnot.

II.

Ein Zukunftsbild entwirft Engler in folgender Darstellung: Nehmen wir die geschätzte Summe der Gebäudewerte in Deutschland zu 80 Milliarden Friedenswert als richtig an und legen wir eine Friedensmietrente von 6 % zugrunde, so ergibt sich ein Mietertrag von 4800 Millionen. Wenn nun im ersten Jahre des Bestehens der neuen Ordnung 200 000 Wohnungen gebaut werden sollen und für jede Wohnung ein Ueberteuerungszuschuß von 50 000 M. erforderlich ist, so kommen wir auf eine Summe von 10 Milliarden. Rechnen wir dafür 4 % Zins, 1 % Tilgung, so brauchen wir für den Aufwand eines Jahres den Betrag von 500 Millionen für Zins und Tilgung; das würde die Mieten um 10,4 % erhöhen. Nun kommen allerdings zu den 6 % Friedensrente der Häuser schon Zuschläge für die gestiegenen Unterhaltungskosten, vielleicht in Höhe von 25 % des früheren Mietbetrages oder 1 1/2 % des Anlagewertes, so daß wir schon mit 125 % der bisherigen Miete beginnen. Wenn wir jährlich 10 Milliarden Ueberteuerungszuschüsse leisten und damit die Mieten jährlich um 10 % steigen, so haben wir in 7 Jahren die doppelte Friedensmiete. Wir würden dann im Laufe der Zeit in den zu Friedenspreisen erstellten Häusern statt 6 % 12 % vom Anlagewert als jährliche Miete bezahlen. Bei den neuen Häusern, vorausgesetzt, daß sie das Achtfache gegenüber den Friedenspreisen kosten, 1 1/2 %.

Daß eine solche Durchschnittsmiete nur bei gemeinschaftlicher Verwaltung zu erreichen ist, liegt für jeden denkenden Menschen klar. Daß aber auch bei der Sozialisierung eine Steigerung der Mieten nicht zu vermeiden ist, das werden unsere Gegner dem Volke recht laut verkünden. Es wird vielleicht auch mancher Mieter sagen, diese Art der Geldbeschaffung sei eine Mietsteuer, nur in anderer Form, als sie vom Reichsrat vorgeschlagen wurde. Dem ist aber klar entgegenzustellen: Bei der Durchführung der Mietsteuer blieben die Häuser im Privatbesitz und würde eine viel höhere Mietsteigerung eintreten, und in wenigen Jahren würde die ganze Mietsteigerung nur noch dem Hausbesitzer zugute kommen. Die Mietpreise wären dadurch für immer auf der einmal erreichten Höhe festgelegt, ohne daß etwas zur dauernden Lösung der Wohnungsfrage geschehen würde. Wir müssen immer darauf hinweisen, daß bei gemeinschaftlicher Verwaltung eine hundertprozentige Mietssteigerung erst im Laufe von 7 Jahren und nur dann erreicht wird, wenn wir 25 % davon alljährlich für Wohnungsunterhaltung aufwenden, wenn die Baukosten dauernd den achtfachen Betrag gegenüber dem Friedenszustand betragen; wenn wir jedes Jahr 200 000 neue Wohnungen erstellen. Das sind in 7 Jahren 1 400 000 neue Wohnungen. Dabei wären wir noch in der Lage, eine Schuldentilgung einzuleiten, wobei der eine Teil der Schuld in 56 und der andere Teil in 42 Jahren getilgt wäre, so daß unsere Nachkommen die Aussicht haben, einmal auf freiem Boden, in schuldenfreien Häusern zu wohnen.

Einzelne Personen, auch Sozialdemokraten, sind der Meinung, daß man dem vorgeschlagenen oder einem geänderten Mietsteuergesetz zustimmen solle, weil auf anderem Wege das Geld für das nächste Jahr nicht beschafft werden könne. Engler glaubt dargelegt zu haben, daß es auch auf anderem Wege geht; und wenn die Wohnungs- und Siedlungsämter nicht rasch genug geschaffen werden können, so kann der Staat selber die Geldmittel aufnehmen. Wenn der Reichstag die Wohnungssozialisierung und die damit verbundene Sicherheit für die Pfandbriefe in Aussicht stellt, so wird auch der Staat das Geld leichter erhalten.

Auch die Hinweise auf die Schwierigkeiten, die sich der Sozialisierung entgegenstellen, dürfen uns nicht schrecken. Bei jeder nur einigermaßen wirksamen Wohnungsreform sind fast die gleichen Arbeiten zu leisten und fast alle die

Schwierigkeiten zu überwinden, die sich bei der Sozialisierung auch ergeben. Unsere Wohnungs- und Bodenkapitalisten, die Interessenten an den Hypothekenbanken mit ihrem ganzen Anhang sind schließlich bereit, für kurze Zeit einmal Opfer zu bringen, wenn nur die Hauptsache verhindert wird und für die Zukunft alle Ausbeutungsmöglichkeiten erhalten bleiben.

Wenn sich Schwierigkeiten vor uns auftürmen, so wollen wir uns immer wieder die Frage vorlegen: Was wird und was muß uns die privatwirtschaftliche Entwicklung bringen? Was haben wir bei privatwirtschaftlicher Entwicklung zu erwarten? Die Antwort lautet: Eine viel raschere und höhere Mietsteigerung, keinen Wohnungsbau und keine Schuldentilgung. Keine Aussicht auf freien Boden und Haus, sondern fortgesetzt steigende Lasten ohne Beseitigung der Wohnungsnot.

Den Berechnungen ist zugrunde gelegt eine Entschädigung der Hausbesitzer, ihren wirklichen Aufwendungen entsprechend, eine normale Verzinsung der Gelder, die achtfachen Baukosten der Friedensmiete und die Aufbringung der Mittel allein durch das zu steigernde Mieterträgnis. Als Ausgangspunkt sind die heutigen Geldverhältnisse genommen. Die Entschädigung der Hausbesitzer nach dem Stande von 1914 ist nach Engler volkswirtschaftlich richtig. Eine Vermögensabgabe kann mit dieser Sache nicht verbunden werden. Das ist Sache anderer staatlicher Maßnahmen. Wollte man ohne Entschädigung enteignen, so würde man in erster Linie die Hypothekengläubiger treffen. Sparkassen und Hypothekenbanken sammeln ihre Gelder meistens bei kleinen Sparern, und diese wären dann die Leidtragenden. Es sind in letzter Zeit verschiedene Vorschläge gemacht worden, wie man Geld zu ganz niedrigem Zinsfuß oder zinsfrei beschaffen könne. Man darf aber damit rechnen, daß die Baukosten wieder von der jetzigen Höhe zurückgehen, was die Durchführung auch erleichtern würde. Es ist aber auch nicht notwendig, daß die ganzen Mittel durch Mieterhöhungen aufgebracht werden. Vielleicht kann auch das Reich die Geldbeschaffung zu niedrigerem Zinsfuß durch Steuerfreiheit der Pfandbriefe ermöglichen. Es ist leicht möglich, durch Zuschläge zur Einkommensteuer namhafte Zuschüsse aufzubringen. Auch wirtschaftliche Betriebe, die über einen gewissen Prozentsatz rentieren, wären mit einer entsprechenden Steuer heranzuziehen. Es wäre auch zu erwägen, ob man nicht für unverbürgete Angestellte und Arbeiter, von Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Wohnungsbeitrag erheben kann. Auf Grund der geleisteten Beiträge könnten diese Leute dann auch Anspruch auf Wohnung erheben. Diese Gelder könnten einerseits zur Errichtung von Leihgärten, andererseits für kinderreiche Familien verwendet werden. Auch die Gemeinden können zu gewissen Leistungen herangezogen werden. Sicher ist, daß die Last im Laufe der Zeit nicht schwerer wird, als hier angenommen ist; wenn aber die wirtschaftlichen Verhältnisse doch dazu führen würden, so wäre es unter privatwirtschaftlichen Verhältnissen doppelt schwer. Im Laufe der Zeit müßten in gleichem Maße wie die Mieten auch die Wohnungsabgaben der im Privatbesitz befindlichen Häuser steigen.

Die Wohnungsabgabe ebenso wie die Beträge, die die Wohnungsgenossenschaften als Mietzuschüsse zur Grundmiete erheben, und die Grundrentenabgabe werden von den Wohnungs- und Siedlungsämtern verwaltet. Die Wohnungsabgaben und Mietzuschüsse werden nur zur Verzinsung und Tilgung der für Neubautenübertreibung und Wohnungsfinanzierung aufgenommenen Schulden verwendet; die Grundrentensteuer zur Tilgung der Bodenschulden und Schaffung von ländlichen Siedlungen. Das landwirtschaftliche Siedlungswesen ist den Wohnungs- und Siedlungsämtern in der gleichen Weise zu unterstellen wie die Wohnungsgenossenschaften.

Nun werden gegen die Sozialisierung der Wohnungen allerlei Einwände erhoben. Die Hausbesitzer machen geltend: sie hätten vor dem Kriege mit Gold bezahlt und er-

hielten jetzt geringwertiges Papier. Dem ist entgegenzuhalten: Durchschnittlich 80 % des Häuser- und Bodenwertes haben die Hausbesitzer durch Hypotheken gedeckt. Das Geld stammt fast immer von kleinen Sparern und Rentnern, die ihr Geld auf Sparkassen, Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften usw. einzahlten, selbst aber nicht Hausbesitzer sind. Würde man den Hausbesitzern gestatten, nach dem gesunkenen Geldwert zu verkaufen, so würden die Sparer, die wirklich Gold gaben, doch nur den gleichen Betrag in Papier erhalten und müßten außerdem die ungeheuer gestiegenen Mieten bezahlen. Kein Hausbesitzer würde den wirklichen Geldgebern auch nur einen Pfennig mehr in Papier geben, als er in Gold erhielt. Deshalb hat er auch keinen Anspruch darauf.

Es wird behauptet, die Genossenschaft werde ein förmig bauen. Das wird sie jetzt unter dem Zwange der Not bis zu einem gewissen Grade tun müssen. Aber auch jetzt zeigen tüchtige Baukünstler, daß man auch mit einfachen Mitteln Schönes schaffen kann, und namhafte Baukünstler treten gerade von diesem Gesichtspunkte aus für die Sozialisierung ein. Wenn in Zukunft prophaner Luxus auf der einen Seite und die schrecklichen Kasernen mit ihren Hinter- und Seitenbauten auf der andern Seite in neuen Stadtvierteln nicht mehr zur Geltung kommen, wenn in den sogenannten bessern Vierteln nicht mehr jedes Haus ein Kunstwerk für sich ist, so wird das Stadtbild nur gewinnen. Der wirklichen Kunst, der Schönheit und der Beschaulichkeit wird sicher mehr Rechnung getragen werden als jetzt. Auch individuellen Bedürfnissen kann die Genossenschaft mindestens ebensogut Rechnung tragen wie die private Spekulation. Eine wichtige Aufgabe der Genossenschaften besteht gerade darin, bei den Mitgliedern guten Geschmack und Wohnungskultur zu fördern und sie zur Mitarbeit heranzuziehen. Wo der Wille vorhanden ist, beim Bauen mit eigener Arbeit zu helfen, muß auch die Gelegenheit dazu geboten werden, was auch wesentlich zur Verbilligung beitragen wird. Wir haben jetzt schon einzelne Beispiele, wo kleine Gruppen in gegenseitiger Zusammenarbeit billige Häuser erstellten.

Dann sollen die Verwaltungskosten zu hoch werden. Engler bestreitet, daß sie höher werden als bei der Privatwirtschaft; allerdings wird in den Genossenschaftsrechnungen ein beträchtlicher Posten dafür stehen. Aber wie steht es heute? Scheinbar arbeiten viele Hausbesitzer umsonst. In Wirklichkeit rechnen sie doch mindestens mit einem Verkaufsgewinn. Dann gibt es beim nächsten Besitzer eine Mietsteigerung, die allerdings nicht Verwaltungskosten heißt. Dann müssen wir jetzt die Architekten, Techniker, Agenten, Unternehmer, Bauämter usw. auch bezahlen, nur heißt es auch hier nicht Verwaltungskosten. Aber was will diese ganze Frage gegenüber der Tatsache beweisen, daß wir nur unter gemeinwirtschaftlicher Verwaltung bei verhältnismäßig geringer Mietsteigerung die Möglichkeit zu einer richtigen Lösung der Wohnungsfrage haben, während die andere Seite nur eine Mietsteigerung bringen würde.

Die Sozialisierung der Wohnungen ist auch notwendig wegen der Wohnungsunterhaltung. Im Privatbesitz geht ein großer Teil der Wohnungen dem Verfall entgegen. Weiter wird gesagt, die Durchführung sei schwierig. Dessen sind sich alle diejenigen, die die Sozialisierung fördern, wohl bewußt. Ungeheuer schwierig ist die Aufgabe, vor der wir stehen, aber wir stehen vor einer zwingenden Notwendigkeit; es gibt keine andere Möglichkeit, die Wohnungsfrage zu lösen. Wenn wir den durch die wirtschaftlichen Verhältnisse vorgeschriebenen Weg nicht bald betreten, so werden die Verhältnisse noch schlimmer und die bitterste Not wird uns zwingen, den Weg doch zu gehen; nur werden die Schwierigkeiten dann noch größer sein.

Die Schwierigkeiten werden auch noch dadurch erhöht, daß wir bei der Durchführung der Sozialisierung einem in Verbänden und Syndikaten organisierten Unternehmertum gegenüberstehen. Die Macht dieser Unternehmerringe

kann nur gebrochen werden, wenn wir auch die Baubetriebe und die Baustoffindustrie sozialisieren, und zwar durch die Wohnungsgenossenschaften. In den letzten zwei Jahren sind Produktivgenossenschaften gebildet worden. Diese Genossenschaften haben den Baugenossenschaften und auch dem Staat und den Gemeinden im Kampf gegen das Unternehmertum wertvolle Dienste geleistet. Sie leisten für die Sozialisierung auch wertvolle Pionierarbeit. Aber Sozialisierung ist es nicht. So wichtig und zweckmäßig diese Genossenschaften jetzt sind, unser Ziel muß doch darüber hinausgehen. Wenn wir zu einer geregelten Bedarfsdeckung kommen wollen, dann müssen die Verbraucher die Produktion in die Hand nehmen. Damit ist nicht gesagt, daß mit dem Zustandekommen der Wohnungsgenossenschaften nun die privaten Unternehmer und die Produktivgenossenschaften sofort zu verschwinden haben. Dieser zweite Teil der Sozialisierung wird sich nur schrittweise, nach Bedarf und Zweckmäßigkeit und im Benehmen mit den in Betracht kommenden Arbeitern vollziehen. Es ist aber gut, wenn man sich in Bauarbeiterkreisen von vornherein darüber klar ist, daß ihre Produktivgenossenschaften zwar ein Fortschritt für die Volkswirtschaft sein werden; eine notwendige Schulung, eine Vorstufe für die Sozialisierung; daß aber bei wirklicher Sozialisierung die Produktion auf diesem Spezialgebiet in die Verwaltung der Wohnungsgenossenschaften kommen muß. Vorläufig ist das noch nicht möglich, und die Wohnungsgenossenschaften werden nach ihrem Zustandekommen noch geraume Zeit mit Produktivgenossenschaften und Privatunternehmern arbeiten. Vielleicht kommt aber die Zeit, wo die Bauarbeiter als Gewerkschafter froh sind, wenn ihnen die Produktion abgenommen wird.

Die Sozialisierung der Baustofffabriken wird schon im Interesse der Baustoffverbilligung notwendig. Der Wucher der Zementfabriken und Ziegeleien wird bald unerträglich. Hier braucht es nur eine sinngemäße Anwendung der Reichsverfassung, um diese Betriebe zu enteignen. Gegen den Satz: „Das Eigentum verpflichtet“ wird von diesen Leuten täglich verstoßen.

Die Schwierigkeit der Aufgabe darf uns nicht schrecken. Wer die Dinge dieser Welt umgestalten will, muß auch die Menschen umgestalten. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir der Masse des Volkes gute Wohngelegenheit geben. Die Wohnungs- und Siedlungsfrage ist die wichtigste soziale Frage der Gegenwart, die unter den heutigen Verhältnissen nur durch Sozialisierung auf genossenschaftlicher Grundlage gelöst werden kann.

Das Existenzminimum im Dezember 1920.

Von Dr. R. K u c z n a s t i, Direktor des Statistischen Amtes, Berlin-Schöneberg.

Infolge der Einschränkung in der amtlichen Zuteilung von Fetten und des Steigens zahlreicher Preise im freien Handel waren die Kosten des Existenzminimums im Dezember merklich höher als in den Vormonaten. In Groß-Berlin kostete Milch 9 mal soviel wie vor 7 Jahren, Brot und Gas 10 mal soviel, Britetts 12 mal soviel, Butter 14 mal soviel, Zucker 15 mal soviel, Margarine 18 mal soviel, Kartoffeln 22 mal soviel, Reis und Schmalz 30 mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den 5 Wochen vom 29. November bis zum 2. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Dezbr. 1920	Preis Dezbr. 1918
9500 g Brot	2250	229
900 „ Rogmehl	900	26
250 „ Feigwaren	400	20
1250 „ Fleisch	2451	225
80 „ Butter	320	23
1375 „ Zucker	1045	69
Zusammen...	7366	592

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 73,66 M zahlen muß, konnte man vor 7 Jahren für 5,92 M kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6900 Kalorien, das heißt ungefähr soviel wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200—6900 = 4300 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 24 M, für eine Frau auf 40 M, für einen Mann auf 57 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Dezember 1918 für ein Kind 1,72 M, für eine Frau 2,76 M, für einen Mann 3,63 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 7 Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzter Menge zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier trotzdem für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M, Frau 2,80 M, Mann 3,50 M.)

	Preis Dezbr. 1920	Preis Dezbr. 1918
Rationierte Nahrungsmittel	1473	118
3000 g Kartoffeln	330	15
375 „ Haserflocken	285	19
125 „ Margarine	360	20
Zus. für ein sechs- bis zehnj. Kind ...	2448	172
1500 g Kartoffeln	165	8
375 „ Haserflocken	285	19
3500 „ Gemüse	420	35
500 „ Speisebohnen	325	22
125 „ Margarine	360	20
Zusammen für eine Frau ...	4003	276
2000 g Gemüse	240	20
250 „ Erbsen	190	10
125 „ Margarine	360	20
500 „ Reis	650	22
250 „ Marmelade	250	15
Zusammen für einen Mann ..	5693	363

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 cbm Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M (1913/14: 5,50 M), für Heizung 15,20 M (1,15 M), für Beleuchtung 7,50 M (75 s.).

Für Bekleidung, das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 M (2,50 M), Frau 20 M (1,65 M), Kind 10 M (85 s.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von einem Drittel (1913/14: einem Viertel) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	57	97	146
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung ..	23	23	23
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	39	59	82
Dezember 1920 ...	158	238	330
November „ ...	153	228	316
Oktober „ ...	156	232	318
September „ ...	145	216	299
August „ ...	144	216	308
Juli „ ...	154	230	324
Juni „ ...	147	217	304
Mai „ ...	177	267	365
April „ ...	186	279	375
März „ ...	165	241	322
Februar „ ...	129	190	254
Januar „ ...	114	167	220
Aug. 1913/Juni 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Dezember 1920 für einen alleinstehenden Mann 26 M, für ein kinderloses Ehepaar 40 M, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 55 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8250 M, für das kinderlose Ehepaar 12 400 M, für das Ehepaar mit 2 Kindern 17 200 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Dezember 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M auf 158 M, das heißt auf das 9,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M auf 238 M, das heißt auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 M auf 330 M, das heißt auf das 11,5fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 9 bis 10 s wert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Beitragskalender 1921.

Mit dieser Nummer des „Zimmerer“ erfolgt der Versand der Beitragskalender sowohl an die Zahlstellen als auch an die Bezirkskassierer. Bezirkskassierer, die den Kalender auf diesem Wege nicht erhalten, haben das dem Zahlstellenkassierer zu melden, der die Bestellung dem Zentralvorstand übermittelt.

Reiseunterstützung.

Die im Besitze eines Reiseunterstützungsausweises befindlichen Mitglieder können täglich nur einmal und in derselben Zahlstelle auch nur einmal die Unterstützung erhalten. Nur in einigen größeren Zahlstellen darf die Unterstützung an zwei oder mehr aufeinanderfolgenden Tagen ausgezahlt werden. Diese Zahlstellen sind vorn im Adressenverzeichnis aufgeführt. Allen andern Zahlstellen ist nur die einmalige Auszahlung gestattet. Zahlstellen, die dem zuwiderhandeln, tun das auf eigene Kosten. Der Zentralvorstand.

Kassengeschäftliches.

Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 31. Dezember gingen folgende Beträge beim Unterzeichnen für die Zentralkasse ein: Aus Alten 200 M, Altenburg 1800, Annaberg-Buchholz 1500, Augsburg 820, Bad Bibra 250, Bad Rippingen 10, Barby 788,10, Berlin 217,20, Behnsdorf 88, Belgis 200, Berchtesgaden 400, Bergen bei Celle 560, Berlin 17 150, Bernburg 1600, Bevensen 12, Bielefeld 1900,40, Bochum 6000, Völkheim 900, Borna i. S. 2822,80, Braunschweig 3014, Brück 535,15, Briel i. M. 379,85, Bückow 200, Calau 92, Camburg 400, Canth 509,70, Celle 600,

Coburg 4000, Colditz 300, Cöln 9000, Cöthen 2,80, Cottbus 1700, Cüstrin 1721,45, Cuxhaven 1500, Dahlen 400, Darmstadt 2200, Dassel 478,75, Delitzsch 1000, Delmenhorst 2500, Dieben in Bayern 43,40, Dortmund 4000, Dramburg 297,20, Duisburg 1, Düsseldorf 6000, Ebgingen 5, Eferndorfer 86,40, Egeln 387,70, Eisenberg 500, Elbing 4000, Elmshorn 402,80, Essen a. d. R. 8000, Falkenstein 1000, Fiddichow 200, Flensburg —,40, Forst 1000, Frankfurt a. M. 10 050, Friedrichshagen 330, Fürstenwalde 400,40, Jüßen 300,05, Geesthacht 500, Gelsenkirchen 1000, Githorn 644,0, Glaucha 1000, Glogau 800, Gnoien 300, Görlich 2100, Gotha 1500, Göttingen 1000, Gräfenhain 200, Großbrettenbach 400, Grünberg i. Schl. 13, Guben 2000, Güstrow 1100, Hagen i. W. 2000, Hagenow 500, Halle 4000, Hamburg 5030, Hammerstein 597,70, Hannover 8000, Herbsleben 1376,85, Herne 2000, Hirschberg i. Schl. 2400, Jeknis 1000, Köhla 302, Kamenz 1500, Kattowitz 13 500, Köben 20, Königsberg i. Pr. 16 000, Königshütte 1500, Kranichfeld 400, Laage 300, Lamspringe 341,50, Landsberg a. d. W. 600, Landskron i. B. 1000, Lauenburg a. d. Elbe 5, Laußig 400, Lauterbach 87, Lehe-Geestemünde 5400, Lehesten 150, Liegnitz 1000, Lobenstein 812, Lübeck 3000, Lüchow 1200, Lüderitz 270,40, Magdeburg 3686,10, Mainz 2400, Malchin 85,20, Mannheim 5000, Meldorf i. Polst. 457,10, Minden i. W. 1750, Müchtern 5, München 4000, Neufalen i. M. 500, Neumarkt a. R. 300, Neumünster 800, Neustadt i. M. 5, Neustadt a. d. Orla 1400, Neuzelle 1000, Niesky 3700, Norden 399,85, Nordern 600, Oranienburg 1300, Orlitzburg 1922,30, Otzka 100, Ocherleben 146,50, Parchim 53,20, Pforzheim 2817,85, Pilsfalten 1000, Potsdam 2135,15, Radeburg 300, Reetz i. P. 520, Regis 200, Reichenbach i. B. 1000, Reichenstein 500, Reinfeld 950, Rosdorf i. M. 1200, Röttha 658,30, Sagenroda 269,20, Spandau 1500, Sülze 652,30, Schleswig 500, Schleusingen 300, Schmolln i. S. 2050, Schneerdingen 300, Schönau 2, Schwarzbürg 508,30, Schmedt 117,40, Schmerin 790, Stade 500, Stepenitz 692,20, Stettin 2500, Sirebla 500, Tempin 869,05, Tribseß 350, Triebel 160,25, Tübingen 847,75, Uitz 302,95, Waren 710,65, Wahrenmünde 250, Wehlheim 540,50, Weimar 3000, Weisenfels 3400, Wilhelmshaven 1770, Woldegt 216,95, Worms 1501, Zeitz 3000, Zittau 4000, Züllichau 600, Zwönitz 150, Einzelzahler der Hauptkasse 321,60, Zinsen 2000, Zinssate 6,40, Zinverlei 4119.

An Belegen für zu Lasten und im Auftrage der Hauptkasse gemachte diverse Ausgaben gingen ein: Aus Altenburg 57 M, Aue 49, Augsburg 458,50, Baun 518,40, Bayreuth 227,10, Beitz 96, Bergen a. Rügen 140, Berlin 3417,80, Bernburg 21,80, Bochum 118, Braunschweig 618,98, Bremen 11 294,70, Bunzlau 47,50, Chemnitz 222, Coburg 239,20, Cüstrin 98,25, Darmstadt 503,75, Dresden 429,20, Duisburg 718,50, Eberswalde 1028,10, Einbeck 40, Frankenberg 518,20, Frankenhäusen 1869,45, Frankfurt a. M. 166,50, Freienwalde 24,50, Glaucha 114,75, Göttingen 200, Görlich 389,50, Greiz 42, Hagen i. W. 128,90, Hamburg 992,50, Hamein 570,75, Haynau 44,40, Hermsdorf i. d. M. 93, Hirschberg i. Schl. 682,50, Holzminnen 139,85, Hulm 692,50, Jeknis 1998,35, Jüterbog 22, Kaiserlautern 238,40, Kallberge 65,40, Königsmusterhausen 90, Kranichfeld 104,10, Liegnitz 56,25, Lübeck 59, Mithweida 654,80, Mülheim a. Rh. 1325,90, Müllburg a. d. W. 373,60, Nordhausen 101,25, Oberneufich 454,75, Osterwitz 389, Bößneck 92,25, Rathenow 100,80, Renscheid 1362,60, Rothemühl 149,50, Schmargener 467,60, Schneidemühl 50, Stollberg 837, Tüft 38, Varel 63,60, Waidshut 1103,80, Weimar 511,90, Wriezen 489,30, Würzburg 812,50.

An Quittungen über Erwerbslosenunterstützungen gingen ein (Die Beträge über Krankenunterstützung sind mit einem Stern [*] bezeichnet): Aus Alen 83,80 M, *86,40, Ahrensbusch 184, *16, Ahrensburg 86,40, *120, Aien *18, Alstedt *62,40, Altenburg *57,60, Altensittenbach 595,20, *115,20, Audernach 21, Annaberg-Buchholz 432, *105,60, Ansbach 28,80, *21,60, Alleben 104, *12, Arnstadt *325, Arnswalde *34, Arzberg 192, Schaffenburg *84, Mithersleben *355, Aue i. Erzgeb. *98, *201,60, Augsburg 104,80, *130,40, Altheide *28,80, Bad Köfen *38, Bad Daryburg *20, Bad Orb 28,80, Bad Reichenhall 78, Barby 108,80, Barzgeheide 60, Barmen-Eberfeld *221,20, Barmstedt 44, Baun 101,60, *244,80, Bayreuth 429,60, *96, Bensheim-Nuerbach 88, *60, Berchtesgaden 4,80, *86,40, Bergeborf 631,40, *275,20, Bergen a. Rügen 60, Berlin 17 235, *5461,80, Berlinchen *40,80, Bernau 1531,60, *53,20, Bernburg *151,20, Bielefeld 112,80, *50,40, Birkenwerder 50,40, Bitterfeld *235,20, Bochum *187,60, Boizenburg *124, Volkshain 3,20, *67,20, Bonn *19,60, Borna *97,20, Brandenburg 489, *194, Braunschweig 6, *12, Braunschweig 42, *690,40, Bremen 140,80, *1581,60, Breslau 112,80, *1398, Bevensen *110,40, Briel 56, *24, Brunsbüttel *238, Büchelberg 18, *278, Buchow 87, *26, Bullenhausen *33,60, Bunzlau *52,80, Burg i. Dithm. 9, Burg a. Fehmarn 48, *110,40, Burg b. Magdb. 6, *114, Bärzel i. Th. 48, Burgladi 1080,80, *25,20, Buxtehude 20, Baden-Baden *12, Bernert 96, Cammer 348, Cassel *696,80, Celle 45, *136, Chemnitz 4591,10, *1217,80, Elbe *86,40, Coblenz *212,80, Coburg 86, *247,40, Colbitz *19,80, Colditz *31,20, Cöln *719,60, Coswig 111, Cöthen i. A. *11,20, Cottbus *12, Crailsheim *48, Crefeld *162,40, Creuzburg *184, Crimmitschau 62, *168, Cüstrin 9,60, Christburg 12, *36, Daber *67,20, Dahlen 36, Danzig 348, *580,80, Darmstadt *328,80, Deggendorf 3,20, *12,80, Delitzsch *84,80, Delmenhorst 174, *473,60, Dessau *50,40, Deutsch-Krone *48, Deutsch-Wissa 100,80, *57,60, Dillingen *6, Dintelsbühl 57,60, *12, Döbeln 705,60, *43,20, Dortmund *344,40, Droyßig *198, Duisburg *477,40, Düsseldorf 67,20, *621,60, Eggenfelden 92, *16, Eisenburg *170,40, Eisenach 182, *275, Eisenberg *36, Elbing 313,60, *54, Elmshorn 365, Elsterberg 308,80, *138, Elsterwerda 85, *127, Elvershausen *44,80, Erfurt 457,20, *371,60, Erfner 151,20, *33,60, Essen *327,60, Eutin *44, Erding *60, Falkenstein 266,40, *60, Fallersleben 32, *115,20, Feldberg i. M. 35, *16, Feistenberg 236, Flensburg *401,80, Forchheim 354,40, Forst i. d. Lausitz *96, Förstle a. S. 192, *19,20, Frankenberg 218,40, Frankenhäusen 19,20, *20,80, Frankenstein *38,40, Frankenthal *114,80, Frankfurt a. M. 3165, *1772,80, Frankfurt a. d. O. *32, Freiberg i. S. 138,80, *250,80, Freiburg i. B. 33, *120, Freiburg i. Schl. *12, Freienwalde 270, Freising 336, *48, Freudenstadt *63, Fulda 24, *104, Fürstenwalde 206, Grafenau *76,80, Geesthacht 8,40, Gera 188,40, *482,40, Gifhorn 9,60, Glash *9,60, Glaucha *76,80, Glogau *133,80, Glüchstadt 19,20, *9,60, Gmünd (Schwäb.) *24, Gnoien *60, Goldap *92, Goldberg i. M. *168, Göppingen 78, *458,80, Görlich 190,40, *250,80, Gotha 24, *161, Göttingen *142, Grabow *102,

Gräfenhainichen *165,60, Gräfenhain 67,20, Greifenhagen 126, Greifswald 68, Greiz 129,60, *115,20, Grevesmühlen 48, Grimma i. S. 498, *24, Großschönau 62,40, *9,60, Großhain 43,20, *205,20, Großneuendorf 48, Groß-Zimmern 53, *144, Guben *185,40, Gülstien i. Anh. *41,60, Gültrow *115,20, Gützkow 248, Hagenow 30, Hainichen 19,20, Halle *652,80, Hamburg 10 611,60, *4853,20, Hameln *89,80, Hammerstein *28,80, Hannover *1045,60, Harfeld 38,40, *48, Hattenbach 184,40, Hattlingen *50,40, Heide 43,20, Heilbronn 144, *446,40, Helmstedt 24, *9,60, Herbsleben 343,20, *272, Hermsdorf 215,60, Hildesheim *54, Hirschberg a. d. S. *128, Hirschberg i. Schl. 222, *393, Hof 171, *76, Hohenmölsen *187,20, Hörsingleben *131, Hulsm 124 *48, Jena 476, *353, Jüterburg 426, *111, Joachimsthal *16, Jserlohn 126, *360, Jzeho 692, *192, Jüterbog 211,20, *54, Kahla *169,60, Kalkberg 304,80, *43,20, Kamenz i. S. 582,80, *193,60, Karlsruhe 219,60, *324, Kattowitz *424,80, Kempten 17,60, *36, Kiel 1294,80, *1284,80, Kirchheim u. Teck 136, Kolberg 60, Kolzig 75,60, Königs- hütte *129,60, Königswusterhausen 44,80, *100,80, Köslin *214, Kradow i. M. *36, Krumm 163,20, *19,20, Laage *24, Lahn i. Schl. *17,60, Landau i. d. Pfalz *86,40, Landsberg a. d. W. *120, Landschüt i. Bayern 128,40, *144,80, Langenbils 84, *3,20, Langensalza 542,40, *38,40, Lauban 14,40, *48, Laufitz 16, Leer i. Ostpr. 42, *174, Lehe-Geestemünde 252,30, *952,20, Lehnitz 260, Leipzig 14 861,40, *2898,40, Leisnig 780, Lengenfeld 388,80, Liebenwerda 24, *72, Liegnitz 315, *116, Lindau i. B. *149,60, Lindenbergr 19,20, Löbau 163,20, *128, Lobenstein 93,60, *50, Lößnitz *108, Lützen 67, Löwenberg *28,80, Lübben-Stein 34, *114, Lübeck 688,80, *646,40, Lüben i. Schl. *38,40, Lüss i. P. 90, Lütza *24, Lützen- walde *28, Lüneburg *16, Magdeburg 435,20, *774,40, Mainz 46, *132, Malchin 68,80, Mannheim 16,80, *786,40, Marienburg 90, Marienwerder *31,20, Marllissa 266,40, Martneufkirchen 122,40, Marlow i. M. 132, Marne 96, Meerane 393,60, Meiningen 64,80, *60, Merseburg *634, Meitz 70,40, *19,20, Meuselbach 76,80, Milititz *57,60, Minden i. W. *54, Mirov *57,60, Mittweida 307,20, *55,20, Mölitz 36, Müdenberg *64, Mügeln 248, Mühlberg *24, Mülhhausen i. Th. *180, Müthchen a. Rh. *12,60, München 638,40, *2505,60, M.-Gladbach *19,60, Naumburg *81,60, Neudenburg 240, Neisse 28,80, Nerchau-Trebsen 38, *24, Neubrandenburg *63, Neudamm 44, *132, Neugersdorf 436,80, *158,40, Neumarkt 72, Neumünster *196,80, Neu- ruppin 52, *78, Neusalz 36, *28,20, Neus *109,20, Neustadt an der Orla 41,60, *54,40, Neustettin 300, *84, Niestitz *76, Nilsdorf 36, Nimpfisch *163,20, Norden 69, Norderny 54, *48, Nordhausen 86, *268, Nördlingen 28,80, *56, Northeim 48, *36, Nossen *408, Nürnberg 1084, *1300,20, Ober-Niederneufkirch 57,60, *108,40, Oberberg *184, Oelsnitz 1140, *39,60, Oßnabrück *243,20, Ohlau *150,40, Oßershausen 8, *16, Oldenburg *214, Oldesloe 120, Oppeln 134,40, Oschag 152, Ochersteden 38,40, *122,40, Ohrdruf 107,20, Parchwitz *38,40, Peitzermitz *60, Peitz *28,80, Pforzheim 86,40, *216, Pilsballe 136, *114, Pirmasens *43,20, Plauen i. B. 2140,80, *234, Pönnitz 294, *96, Potsdam 1029,60, *223, Prenzlau *82,40, Puttitz 64, *20,80, Pyritz *72, Querfurt *24, Radolitz *24, Raasdorf 81, Rathenow 57,60, *297,60, Raseburg *42, Ravensburg 78, *104, Reetz *3,20, Regensburg 333,60, *153,60, Regenwalde *3,20, Regis *29,50, Reichenbach 139,20, Reichenbach i. B. 229,20, Reichenbach i. S. 95,20, Reichenbach *114,80, Reulingen 214,80, *124,80, Richtenberg 36, *12,80, Riesa 84, *213, Rochlitz 84, Roda 66,40, *88, Rothenberg *57,60, Roßwein 308, Roßitz 178,80, *213,60, Roth a. S. 96, *48, Rothemühl 38,40, Rumbach 62,40, Saalfeld *115,20, Sagan *218,40, Salzgitter *80, Sand *38,40, Sapsitz *96, Satow *24, Seelow 28,80, Segeberg *88, Seidenberg 164, *21, Semd *249,60, Sien- roda *72, Sohland 12, Sommerfeld 57,60, *59,60, Sorau *36, Spandau 309,40, *186,20, Spremberg *120, Springe *22, Sprottau *51, Suhle 218, *34, Swinemünde 174, *93, Schleu- fingen 9,60, *19,20, Schippenbeil 204, *60, Schleuditz *38,40, Schlade 9,60, Schleich 249,60, *86,40, Schleswig 91, Schneide- mühl 50, *30, Schönberg i. M. *44, Schönheide 108, Schop- heim *240, Schwaan 116, *72, Schwabach 116,80, *66, Schwarzenbach i. B. 32, Schwarzenberg 47,60, *125,60, Schwedt *96, Schweidnitz 56,40, Schwerin 86,40, *61,60, Stade *96, Stallupönen *232,80, Stargard i. P. *238, Staps- furt *54,60, Stavenhagen *116, Steinach 34, *32, Stepenitz 12,80, Stettin 153,60, *424,80, Stollberg 33,20, *246,40, Stolp *211,60, Stralsund 413, *144, Straubing *24, Strehlen 123,60, Stuttgart 1738,80, *1621,80, Tambach 57,60, *60, Tangerhütte 38,40, Tangermünde 12,80, *56, Tilsit 263,80, *72, Timmenrode *57,60, Torgelow 60, Traunstein *57,60, Trebbin 109,80, *72, Trebnitz *216, Treptow a. d. Tollense *28,80, Treuenbrieken *24, Lübingen 364, *52, Uckermark *57,60, Uckermark *46, Verden 127, Villingen *180, Vorsefelde *3,20, Wehlau *36, Waldenburg i. S. 12, Waldenburg i. Schl. 18,80, *395,20, Waldhau 273,40, *43,20, Wallendorf *72, Walters- hausen 28,80, *12, Warten *108, Wasserburg 12, Webel 225,60, *57,60, Weißenhof 24, Weimar 28,80, *397,20, Weisenburg i. B. *19,20, Weißwasser *50, Werbau 159,60, *108, Werder 36, *18, Werneuchen 12, *96, Westerland a. Sylt 987, Weßlar 72, Wiesbaden 435,60, *423,60, Wilhelmshaven 75,60, *115,20, Wilster 48, *96, Wismar a. d. Lube 282, Wismar 7,20, Witten a. d. Ruhr 416,40, Wittenberg, (Bezirk Halle) 30, *100, Witten- berge a. d. Elbe *42, Wittenburg i. M. 48, *82, Wolberg 151, *176, Worms 48, *28,80, Würzburg 316,80, *72, Wurzen 24, Wuselbun 54, *54, Zehdenitz 145,60, *121,60, Zeitz 153,60, Zerbst 10, Zeulenroda 56, *242, Ziebingen 28,80, Zittau 594, *597,60, Zittichau 9,60, Zwenkau 288, *25,20, Zwidaun 483, *264, Zwickau 32, *43,20.

Arbeitslosenunterstützung wurde im No- vember ausgezahlt:

60 Tage à 100 M =	60,— M.
53 " à 120 " =	63,60 "
82 " à 140 " =	114,80 "
1569 " à 160 " =	2510,40 "
3185 " à 200 " =	6370,— "
29 " à 210 " =	60,90 "
3079 " à 240 " =	7389,60 "
14 " à 250 " =	35,— "
3848 " à 280 " =	10774,40 "
955 " à 300 " =	2865,— "
285 " à 320 " =	912,— "
1 " à 350 " =	3,50 "
885 " à 360 " =	3186,— "
1206 " à 400 " =	4824,— "

1699 Tage à 420 M =	7135,80 M.
754 " à 480 " =	3619,20 "
1207 " à 500 " =	6035,— "
1057 " à 560 " =	5919,20 "
1594 " à 600 " =	9564,— "
4225 " à 700 " =	29575,— "
25787 Tage	= 101017,40 M.

Krankenunterstützung wurde im November ausgezahlt:

26 Tage à 80 M =	20,80 M.
54 " à 100 " =	54,— "
190 " à 120 " =	228,— "
185 " à 140 " =	259,— "
3 " à 150 " =	4,50 "
1537 " à 160 " =	2459,20 "
30 " à 180 " =	54,— "
3289 " à 200 " =	6578,— "
22 " à 210 " =	46,20 "
3364 " à 240 " =	8073,60 "
2138 " à 280 " =	5986,40 "
931 " à 300 " =	2793,— "
434 " à 320 " =	1388,80 "
1061 " à 360 " =	3819,60 "
2264 " à 400 " =	9056,— "
818 " à 420 " =	3435,60 "
2906 " à 480 " =	13948,80 "
2640 " à 560 " =	14784,— "
21892 Tage	= 72989,50 M.

Abolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Peine und Reinfeld. Geperert sind in Deutsch-Lissa die Arbeiter der Schleifischen Siedlungsgesellschaft (Goldschmieden) sowie das Geschäft von Gräbert (Nimpfau).

Platzstreik in Deutsch-Lissa i. Schl. Nach einer neueren Mitteilung aus Deutsch-Lissa besteht die Sperre über die Arbeiten der Schleifischen Siedlungsgesellschaft fort, da die Firma sich weigert, einen Teil der am Streik beteiligten Kameraden wieder einzustellen. Auch die Sperre über das Baugeschäft von Gräbert in Nimpfau besteht fort. Zugang ist fernzuhalten.

Differenzen am Neubau des Mittellandkanals. An der Bauplatz Hannover-Peine-Hildesheim wird die bezüglich vereinbarte Lohnzulage von 14 % nicht gezahlt. Die Kanalverwaltung hat sich bereits an den Minister für öffentliche Arbeiten gewandt, doch hat dieser angeordnet, daß die Zulage nicht gezahlt zu werden braucht, da es sich um Notstandsarbeiten handelt. Der Oberpräsident von Hannover ist von den Differenzen in Kenntnis gesetzt worden. Hoffentlich gelingt es, den Minister zur Aufgabe seines Standpunktes und Anerkennung der oben erwähnten Vereinbarung zu bewegen.

Differenzen in Minden. Infolge Lohnunterschieden bei den Vereinigten Bremer Portlandzementfabriken „Union“, Porta Westfalica, haben die dort beschäftigten Handwerker, darunter 11 Zimmerer, die Arbeit eingestellt. Die Firma verweigert den tariflichen Lohn.

Lohnbewegung in Jüterbog. Unsere dortigen Kameraden fordern Erhöhung des Lohnes von 4,20 M. auf 5,20 M. In einer Verhandlung mit den Unternehmern wurde ein Angebot von 30 % gemacht. Demgegenüber beschloß eine Versammlung unserer Kameraden, bei der Forderung von 1 M. zu beharren. Sie haben jetzt den Schlichtungsausschuß in Luckenwalde angerufen.

Die Verhandlungen in Württemberg, über deren Stand wir zuletzt in Nr. 1 des „Zimmerer“ berichteten, haben nunmehr ihren Abschluß vor dem Schlichtungsausschuß in Stuttgart gefunden. Am 30. Dezember wurde verhandelt und nach längerer Ausführungen der Vertreter beider Parteien folgender Schiedsspruch gefällt:

Mit Wirkung vom 3. Januar 1921 an wird allen Arbeitern und Hilfsarbeitern im Alter von 20 Jahren und darüber eine Teuerungszulage in folgender Höhe gewährt: 1. und 2. Lohngruppe 10 %, 3., 4. und 5. Lohngruppe 5 %.

Begründung: Der an sich berechtigten, durch die neuerliche allgemeine Preissteigerung bedingten Forderung der Arbeitnehmerverbände sieht die Tarifstelle gegenüber, daß das Baugeschäft im ganzen Land schwer darniederliegt und jede weitere Belastung der Arbeiter durch Erhöhung der Lohnsätze oder Gewährung einer Teuerungszulage geeignet ist, eine Erschwerung der behördlichen und privaten Bauaktivität und damit eine weitere Steigerung der herrschenden Wohnungsnot herbeizuführen. Die vom Schlichtungsausschuß vorgeschlagenen Sätze einer Teuerungszulage ohne Rückwirkung sollen den Parteien einen angemessenen Ausgleich der beiderseitigen Interessen bieten. Die neuen Sätze bleiben noch immer hinter den Lohnsätzen der Nachbarländer zurück. Der Schlichtungsausschuß hielt es angeht, die seit hergebrachte Entlohnung der jugendlichen Arbeiter für geboten, die Teuerungszulage auf die älteren Arbeiter zu beschränken. Die Staffelung für die unteren Lohngruppen erfolgte in Anbetracht der immer noch günstigen Lebensverhältnisse auf dem Lande.

Zur Beurkundung:
Der Vorsitzende, gez. F r i o n (Baurat).

Bis 15. Januar haben sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung zu erklären. Nach dem Schiedsspruch steigen die Stundenlöhne vom 3. Januar an in der 1. Lohngruppe von 5,40 M. auf 5,94 M., in der 2. Lohngruppe von 5 M. auf 5,50 M., in der 3. Lohngruppe von 4,70 M. auf 4,93 M., in der 4. Lohngruppe von 4,40 M. auf 4,62 M. und in der 5. Lohngruppe von 4,10 M. auf 4,30 M.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altheide. Am 20. Dezember tagte unsere Mitglieder- versammlung. Anwesend waren 28 Kameraden. Die Tagesordnung lautete: Unsere Lohnfrage. Erläuterung und Aufklärung zum neuen Steuergesetz. Verschiedenes. Der Vorstand führte Klage, daß die Kameraden sich noch immer zu wenig an den Versammlungen beteiligen, obgleich es gerade jetzt sehr notwendig wäre, da die Unter- nehmer drauf und dran seien, uns die Zulage von 50 %, die in den letzten Verhandlungen in Breslau bewilligt wurden, zu kürzen oder gar nicht zu zahlen, wie das im Nachbarorte Reinerz der Fall sei. Nach lebhafter Aus- sprache wurde beschlossen, die bestehenden Zustände der Gauleitung mitzuteilen. Auch wurde den Kameraden klar gemacht, ihre ganze Kraft bei den kommenden Wahlen für die für uns in Frage kommende Partei einzusetzen und unser neugegründetes Parteiblatt, „Die Volksstimme“, zu lesen.

Breslau. Die Mitgliederversammlung am 28. De- zember beschäftigte sich nur mit den Neuwahlen des Vor- standes, der Kartelldelegierten und der Delegierten zur Bauarbeiter-Schutzkommission. Gegen die Geschäftsführung und die Tätigkeit des Lokalangestellten, Kameraden Gold- schmidt, wurden Einwendungen nicht erhoben und ihm das Vertrauen einstimmig wieder entgegengebracht. Auch den bisherigen Vorstandsmitgliedern wurde volles Vertrauen geschenkt und hierauf die Wahlen vorgenommen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wies Kamerad Goldschmidt nochmals auf die vollstehenden Bücher und Karten mit 60 Beitragsmarken zum Umtausch hin. Eine lange und aufklärende Debatte entwickelte sich über die Steuerfrage und die Preissteigerung. Insbesondere wurde die Steuer- politik in unserm Stadtparlament scharf kritisiert, wo unsere Vertreter in der Mehrheit sind. Kamerad Stope als Stadt- verordneter gab hierzu die nähere Aufklärung und verstand es auch in geschickter Weise, alles Angeführte klarzulegen. Am Schlusse der anregenden Debatte gaben sich alle Redner mit dem Verlauf der Versammlung zufrieden.

Neustadt a. d. Orla. Am 2. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tages- ordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden August Bringmann und des Genossen Karl Legien in üb- licher Weise gelehrt. Der Vorsitzende erstattete den Jahres- bericht. Am 1. Januar 1920 betrug der Stundenlohn 2 M. Durch dreimalige Verhandlungen, einen Schiedsspruch und zweimalige zentrale Festsetzungen kam er am Schlusse des Jahres auf 4,50 M. und 10 % Werkzeugzulage. Versamm- lungen fanden 16 statt; sie waren gut besucht. Die Mit- gliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 90. Der Kassen- bericht wurde vom Kassierer vorgetragen und auf Antrag der Revisoren von der Versammlung genehmigt. Die Ver- sammlungen waren mit der Arbeit des Vorstandes zufrieden. Die Entschädigungen familiärer Funktionäre wurden um 100 % erhöht. Hierauf fand die Vorstandswahl statt, sowie die Wahl der Revisoren, der Unterassistenten und des De- legierten in den Ortsausschuß. Die Monatsversammlungen finden jeden ersten Dienstag im Monat statt. Nach Er- ledigung geschäftlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung.

Rudolstadt i. Thür. Unsere Generalversammlung am 2. Januar, die einen guten Besuch aufwies, wurde vom Vorsitzenden mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß das verfloßene Jahr reich an Arbeit war. Die Mitgliederzahl betrug im 1. Quartal 81, im vierten 87, darunter 10 Lehrlinge. Die Korrespon- denz war eine recht rege. Eingegangen sind von der Gau- leitung, der Zentralleitung sowie den Unternehmern zu- sammen 45 Briefe, während die Zahl der Ausgänge 53 be- trägt. Es wurden abgehalten 1 Generalversammlung, 12 ordentliche, 3 außerordentliche und 2 kombinierte Ver- sammlungen; ferner 3 Vorstandssitzungen und eine Sitzung mit den Bauarbeitern. Weiter fanden 2 Gaukonferenzen statt, die auch von unserer Zahlstelle besucht waren. Der Versammlungsbefuch ließ im allgemeinen sehr zu wünschen übrig. Hierin muß unbedingt eine Besserung eintreten. Unser Stundenlohn erhöhte sich im Laufe des Jahres von 2,70 auf 5,20 M. inklusive Werkzeugzulage. Um diesen Er- folg zu erreichen, bedurfte es eines geschlossenen Vorgehens. So brachte uns ein Streik vom 16. Juni bis 5. Juli eine Lohnerhöhung von 1,10 M. die Stunde. Maßregelungen infolge des Streiks haben nicht stattgefunden. Der Kassen- bestand ergab eine Einnahme von 1349,87 M., eine Aus- gabe von 309,10 M., einen Bestand von 1040,77 M. Der Kassierer wurde entlastet. Nach Erstattung des Kartell- berichts wurde die Wahl des Vorstandes und der Kartell- delegierten vollzogen. Unter „Verschiedenes“ wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß auf allen Plätzen dafür gefordert werden müsse, die dort Beschäftigten der Organi- sation zuzuführen. Zum Schlusse wurden noch einige Fest- angelegenheiten erledigt.

Schitz. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 2. Januar nahm zuerst die Quartalsabrechnung ent- gegen. Der Kassierer wurde entlastet. An Stelle des Vorsitzenden, der sein Amt niederlegte, wurde ein neuer gewählt. Der Kassierer behielt seinen Posten. Der Lokal- beitrag wurde von 40 auf 60 % erhöht. Hierauf wurde die Angelegenheit des Kameraden Rumpf erledigt. Den 2 Ver- tretern für das Gewerkschaftskartell wurden noch 2 Kame- raden hinzudelegiert. Die Versammlung war nur von 19 Mitgliedern besucht; die Hälfte war nicht erschienen. Krach macht jeder, aber wenn es gilt zu handeln, sind sie nicht da. Hoffen wir, daß auch in dieser Hinsicht eine Besserung eintritt.

Schwedt a. d. O. (Jahresbericht.) Am 1. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden August Bringmann durch Er- hebung von den Plätzen gelehrt. Dem Kassierer wurde für die Quartalsabrechnung Entlastung erteilt. Im Punkt „Bereinsangelegenheiten“ wurde die bevorstehende Tarif- revision erläutert. Die hiesigen Unternehmer wollten nur örtlich verhandeln, weil sie dabei größere Vorteile erzielen. Die bezirkliche Verhandlung war aber schon auf den 5. Januar in Prenzlau festgesetzt. In der Abstimmung

waren sämtliche Kameraden für bezirkliche Verhandlung; sie lehnten jede vorübergehende örtliche Verhandlung ab. Bedauert wurde der schlechte Versammlungsbefuch und den anwesenden Kameraden nahegelegt, für besseren Besuch zu agitieren, besonders auch unter den Lehrlingen. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl.

Stepenitz. Eine Extraversammlung am 19. Dezember war nur mäßig besucht. Zuerst wurde die Vorstandswahl erledigt. Der Vorsitzende dankte der Versammlung für das durch die Wahl bewiesene Vertrauen. Kamerad Lange erstattete den Kartellbericht und gab zugleich den Kassenbestand bekannt. Anschließend wurde auf die bevorstehenden Wahlen hingewiesen, sowie auf die Notwendigkeit des Anschlusses an die sozialdemokratische Partei und das Lesen der Parteipresse; die gegnerische Presse müsse aus dem Hause. Mit der Mahnung, fest zum Verbanne zu halten und die noch abseits stehenden Kameraden heranzuziehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Treptow a. d. Toll. Eine gut besuchte Mitglieder-versammlung tagte am zweiten Weihnachtstage. Nach Verlesung des Versammlungsprotokolls erfolgte die Verlesung des Protokolls der bezirklichen Verhandlungen für Neuborpommern und Rügen sowie der Kreise Anklam und Demmin. Unter Punkt 3 beschlossen sämtliche Kameraden, sich bei der Stadt arbeitslos zu melden. Unter „Verschiedenes“ wurde das Protokoll der Sitzung in Stralsund näher besprochen, vornehmlich die Ausführungen des Herrn Geuer aus Tribsee, die dahin lauteten, daß in Tribsee seit Oktober eine Teuerung nicht eingetreten sei; als Beweis hierfür habe er die Preise für Kakao, Tee und ähnliche Genussmittel angeführt. Sachen, die in keinem Arbeiterhaushalt zu finden seien, höchstens einmal an Festtagen. Von den Preisen für Nahrungsmittel des täglichen Gebrauchs sowie für Kleidung und Schuhzeug schweigt die Statistik des Herrn Geuer. Jetzt ist die Molkereibutter wieder um 8 M das Pfund gestiegen. Vielleicht besorgt uns Herr Geuer aus Tribsee billigere Molkereibutter.

Sterbetafel.

Bresden. Am 17. Dezember starb der Kamerad Bruno Borsdorf in Dmsewitz im Alter von 72 Jahren, und am 24. Dezember starben die Kameraden Wilhelm Adam, Loschwitz, 50 Jahre alt, und Hermann Kirisch, Neu-Compiß, 66 Jahre alt.

Eisenach. Am 4. Dezember starb unser Mitglied, der Zimmerlehrer August Fritsche.

Marxenkirchen. Am 1. Dezember starb unser Kamerad Walter Berndt.

München. Hier starb der Kamerad Josef Bauer im Alter von 57 Jahren.

Baugewerbliches.

Zur Wiederbelebung und Gesundung der Bauwirtschaft nahm in der zweiten Dezemberwoche der Reichsverband der deutschen Mauerstein-, Ziegel- und Tonindustrie Stellung. Das Ergebnis kommt in der nachstehenden Entschließung zum Ausdruck: „Die Gewähr zur Wiederbelebung und Gesundung der Bauwirtschaft und der damit im innigsten Zusammenhang stehenden deutschen Volkswirtschaft wird nur darin erblickt, daß es gelingt, das Privatkapital wieder am Baumarkt zu interessieren und den Unternehmerteufel anzuregen. Als geeignetes Mittel hierzu wird die Abkehr von der bisherigen Höchstmietenerordnung erachtet sowie überhaupt die Aufhebung jeder noch bestehenden Zwangsbewirtschaftung des Baustoffmarktes. Es herrscht ebenso Einstimmigkeit darüber, daß ohne schleunigste großzügige Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zwecks Hergabe entsprechender Bauguschüsse für die gesamte Wohnungsbautätigkeit kein Erfolg möglich ist. Hierbei wird betont, daß das Reichsmietssteuergesetz nur als Aushilfsmittel betrachtet werden kann, das aber trotzdem sofort zur Durchführung kommen muß, wenn es seine Wirkung auf das Baujahr 1921 überhaupt noch ausüben soll. Schließlich wird dringender Erwägung anheimgestellt, die Abwicklung aller Bewirtschaftungsmaßnahmen in einer Hand zu vereinigen, um die Schwierigkeiten zu vermeiden, die die Teilung der diesbezüglichen Befugnisse auf zwei Ministerien mit sich führt.“

Abkehr von der bisherigen Höchstmietenerordnung, großzügige Bereitstellung von Bauguschüssen, das Reichsmietssteuergesetz nur als Aushilfsmittel, mit andern Worten: Freie Bahn der unbeschränkten Ausbeutung der Mieter, Hergabe von Reichsmitteln in unbegrenztem Umfange zur Anregung des Unternehmerteufels und Herauswirtschaftung eines möglichst lohnenden Kapitalprofits. Mit solchen Mitteln wird man zweifellos der „Gesundung“ der Bauwirtschaft dienen, einer Gesundung allerdings, wie Unternehmer sie auffassen.

Ueberteuerungszuschüsse für den Wohnungsbau. Nach einer Mitteilung des amtlichen Preussischen Pressedienstes hat das preussische Staatsministerium beschlossen, der verfassunggebenden Landesversammlung in kürzester Zeit einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, der einen Kredit von 400 000 000 M anfordert. Der Betrag soll zu Ueberteuerungszuschüssen für den Wohnungsbau gemäß den Plänen des Wohlfahrtsministeriums verwandt werden. Zur Realisierung des Kredits wird voraussichtlich der Anleihenweg beschritten werden. Die für Tilgung und Amortisation erforderlichen Beträge werden in den neuen Etat eingestellt.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 17. Januar:
Potsdam: Abends 7 1/2 Uhr bei Pfast, Kaiser-Wilhelm-Strasse 38.

Dienstag, den 18. Januar:
Langensalza: Abends 5 Uhr im „Unteren Felsenkeller“.

Mittwoch, den 19. Januar:
Stegitz: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — Oschersleben: Bei Süpke, Sackstr. 1.

Donnerstag, den 20. Januar:
Greifswald: Abends 7 Uhr in der „Sternhalle“, Lange Reihe 30.

Freitag, den 22. Januar:
Coswig: Abends 8 Uhr im „Volkshaus“. — Sprottau: Abends 5 1/2 Uhr bei Stübner.

Bekanntmachungen

der
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
(Ersatzkasse in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et.
Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 16. November 1920 bis 2. Januar 1921 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Altenburg 500 M., Augustwalde 200, Baugen 250, Beed 200, Bergen 1000, Berlin I 1800, Berlin II 3500, Berlin IV 1000, Berlin V 2500, Berlin VII 2000, Berlin VIII 1000, Brandenburg 450, Bremen 600, Budow 400, Bülow 200, Cannstatt 200, Charlottenburg 1700, Coblenz 2000, Cöpenick 1000, Crumbach 150, Danzig 1000, Deutsch-Lissa 400, Döberan 450, Dockenhuden 250, Dortmund 500, Dresden II 500, Duisburg 400, Elbing 500, Elvershausen 39, Frankfurt a. M. 200, Friedrichshagen 800, Fürstenwalde 1400, Geesthacht 1000, Gotha 1000, Großauheim 200, Großneudorf 300, Groß-Zimmern 300, Großschlachwitz I 400, Hagenow 304, Hamburg III 500, Hamburg IV 300, Hannover 600, Harburg 800, Hirschberg 800, Hockenheim 40, Kaiz 55,05, Königsberg 600, Leipzig 800, Malchin 250, Meissen 900, Memel 1000, Mölln 150, München 800, Neuanpach 340,52, Neufölln 2000, Nien-dorf 200, Niezky 400, Nowawes 1100, Nürtenberg 600, Ohlau 200, Panfow 1000, Pasewalk 200, Perleberg 200, Potsdam 200, Rabeburg 600, Raloz 1100, Rudolstadt 200, Sachwitz 216, Schöneberg 3000, Schwerin 100, Steglitz 150, Sietlin 3200, Stuttgart 1000, Tegel 300, Untertürkheim 225, Velten 220, Warin 320, Weissenfee 400, Wernigerode 250, Wiesbaden 450, Wilsdruff 288, Wittenburg 700, Zellin 300. Summa 57 652,57 M.

Zuschuß erhielten vom 16. November 1920 bis 2. Januar 1921 die örtlichen Verwaltungen: Barmen 100 M., Berlin III 2000, Birkenwerder 315, Dessau 150, Feschenheim 200, Gelsenkirchen 320, Gera 50, Görlitz 1000, Großseeheim 400, Hamborn 150, Hamburg I 1102,60, Hamburg III 198, Heidsbüfelfeld 230, Herzfelde 50, Hildebeim 600, Höhenmestedt 500, Homberg 150, Kolzig 800, Lausa 100, Lochnitz 250, Mahlsdorf 400, Mainz 500, Marburg 600, Mariendorf 600, Mühlberg a. d. E. 150, Pilsfallen 80,45, Pliexhausen 270, Prenzlau 100, Röhrida 200, Schwartau 200, Seeligstadt 500, Seligenstadt 100, Smd 350, Stargard 200, Stafffurt 150, Steinbel 800, Tilsit 100, Wedel 400, Wilhelmshaven 600. Summa 14 766,05 M.

Achtung, Kassierer!

Um die Jahresabrechnung rechtzeitig fertigstellen zu können, bitten wir, die Abrechnung vom 4. Quartal umgehend einzusenden.

Um allen Anforderungen an den Unterstützungsfonds zu genügen, reicht der Kauf von 4 Marken à 10 M pro Jahr nicht aus, wir ersuchen daher die Mitglieder, etwas mehr Marken zu kaufen. Da noch fast allethalben Marken von 1920 in den Verwaltungsstellen vorhanden sind, erwarten wir, daß diese dort restlos verkauft werden. Neue Marken für 1921 werden bis Mitte Februar ohne Bestellung den Verwaltungsstellen zugehen.

Anzeigen.

[9 M.] Nachruf.
Am 11. Dezember starb infolge Lungenkrankheit, die er sich im Kriege zugezogen, unser Kamerad **Karl Müller** aus Mönkebude im Alter von 24 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Ufermünde.

[9 M.] Nachruf.
Am 19. Dezember starb an Lungenschwindsucht unser Kamerad **Joseph Schäfer** im Alter von 27 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Senftenberg.

[9 M.] Nachruf.
Am 29. Dezember starb nach langem Leiden unser treuer Kamerad und Kassierer **H. Krisch** im Alter von 46 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Lanenburg i. Pomm.

[9 M.] Nachruf.
Am 30. Dezember starb nach längerer Krankheit unser Kamerad **Heinrich Blohm** im Alter von 70 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Rüböl i. Mecklb.

[8 M.] Nachruf.
Am 25. Dezember starb im Alter von 65 Jahren unser Kamerad **Friedrich Schulze** (Bezirk 80). Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Berlin und Umg.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Achtung! Zimmerer, Achtung! [5,60 M.]
Laut Beschluß der Zahlstellenversammlung vom 4. d. M. haben sich vom 10. Januar an alle arbeitslosen Zimmerer im Nachweis, Gormannstr. 30, v., 2 Tr., zu melden. Vom 15. Januar an hört jede Vermittlung durch den Arbeitsnachweis des Zentralverbandes, Engelauer 15, endgültig auf. Von da an wird nur vom Arbeitsnachweis Gormannstraße die Arbeit vermittelt. Ebenso haben sich die Arbeitslosen am ersten Tage der Arbeitslosigkeit dort ihre Arbeitslosenkarte zu fordern, respektive sich dort zu melden. Die Auszahlung der städtischen Erwerbslosenunterstützung erfolgt laut Beschluß nach wie vor von Seiten der Organisation. **Der Vorstand.**

Zahlstelle Dresden und Umgegend.
Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10 Uhr, im Dresdener Volkshaus, Saal 1: Zahlstellenversammlung.
Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Anträge. 4. Sonstige Angelegenheiten.
An dieser Versammlung haben alle für 1920 gewählten Delegierten teilzunehmen und bitten wir um deren vollzähliges Erscheinen.
NB. Alle Mitgliedsbücher, die noch nicht den Ordnungstempel für 1920 enthalten, sind umgehend in das Bureau einzuliefern. [5,20 M.] **Der Zahlstellenvorstand.**

Achtung! Zahlstelle Rehl.
Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, Generalversammlung im Walthaus „Zum Löwen“ in Rehl.
Tagesordnung: 1. Kassenabrechnung. 2. Jahresbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Gewerkschaftliches.
Das Erscheinen sämtlicher Kameraden, auch der auswärtigen, ist unbedingt notwendig. [3,20 M.] **Der Vorstand.**

Zahlstelle Königsberg i. Pr.
Achtung, arbeitssuchende Kameraden!
Wir warnen hiermit vor Zuzug nach Königsberg, da Verpflegung und Unterkunft nicht zu erhalten, auch der Bedarf an Zimmerern für die Messebauten bereits gedeckt ist. Laut Beschluß haben sich alle Kameraden, bevor sie um Arbeit nachfragen, in unserm Bureau, Gewerkschaftshaus, Vorder-Rossgarten 61/62, 3.16, zu melden. [3,60 M.] **Der Vorstand.**

Zahlstelle Mannheim.
Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im Lokale von Peter Stenger, S 5 5, unsere Zahlstellenversammlung statt.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassen- und Geschäftsbericht. 3. Beratung des neuen Regulativs. 4. Bekanntgabe der Wahl des Gesamtvorstandes. 5. Lohnfrage. 6. Anträge. 7. Verschiedenes.
Es ist unbedingt Pflicht, daß die Delegierten aus allen Bezirken erscheinen. Als Mitbeweis ist das Verbandsbuch vorzulegen. [4,80 M.] **Der Vorstand.**

Verkehrslokale, Herbergen usw.
(Jahresinstitute unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten 2,50, jede weitere Zeile 5 M. mehr. Freieigenplätze werden nicht bezahlt. Bis 31. Januar nicht erneuerte Institute erscheinen nicht mehr.)

Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg.: SO, Engelauer 15, 8. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.

Chemnitz. Bureau im Volkshaus, Brückauer Straße 163, 1. Et. Geöffnet von 10 bis 12 und 4 bis 6 Uhr. Herberge baselst. Umschau ist verboten. Arbeitsnachweis: Brückenstr. 9/11, Hinterhaus, 1. Et. Geöffnet von 8 bis 2 Uhr.

Elm a. Rh. Verkehrslokal der Zimmerer bei Wwe. Franz Tillmann, Lieboldsgasse 67. Versammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 7 Uhr, in der Wirtschaft „Zu den vier Saimonskindern“, Wenerstr. 64, statt. Bureau der Zahlstelle: Severinstr. 199, 3. Et., Zimmer 27. Telefon: B 6522. Auszahlung der Reiseunterstützung dortselbst von 7 bis 8 Uhr abends.

Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 32. Bereisende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.

Hamburg. Zahlstellenbureau Gewerkschaftshaus, Wesenbinderhof 56, Hinterhaus, 1. Stock. Telefon: Merkur 4424. Geöffnet vormittags von 9 bis 11 Uhr, nachmittags von 6 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend sind hier zu melden. Das Umschauen nach Arbeit ist verboten. Alle Anforderungen und Vermittlungen von Zimmerern erfolgen nur durch den Facharbeitsnachweis für das Baugewerbe, Weim Strohhaufe 41.

Hamburg-St. Georg. Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Eward Stoppel, Postoder Straße 50. Telefon: Sultan 2684. Jeden Sonntag, mittags von 12 bis 1 Uhr, Beitragsentgegennahme. Versammlung jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 10 Uhr. Versammlungslokal der Zentral-Kassenkasse der Zimmerer.

Hamburg-Uhlenhorst. Verkehrslokal für Bezirk 10 bei Wilhelm Bars, Bachstr. 109. Zusammenkunft jeden ersten Mittwoch im Monat.

Hamburg-Warmbeck. Verkehrs- und Bezirkslokal für den Bezirk 9 bei G. Köpcke, Köpenickerstr. 67. Beitragsentgegennahme jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Hellbrunn. Verkehrslokal bei Ernst Roth, Allee.

Niel. Zahlstellenbureau Gewerkschaftshaus, Häftr. 24, 2. Et., Zimmer 10. Telefon 2241. Differenzen über Lohn- und Arbeitsbedingungen sind hier zu melden. Arbeitslosenkontrolle von 10 bis 11 Uhr. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schloß. Umschau ist verboten. Versammlung jeden zweiten Dienstag im Monat im Gewerkschaftshaus.

Mannheim. Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4. 9., 8. Et., Zimmer 10 und 11. Telefon 6276. Arbeitsnachweis dortselbst. Bureaustunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 7 Uhr nachmittags. Sprechstunden nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Sonntags geschlossen. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.

München. Bureau der Zahlstelle: Postalmstr. 42/II, Zimmer 44 (Gewerkschaftshaus). Telefon 61030. Sprechstunden täglich mit Ausnahme Samstags: Vorm. von 10 bis 12 Uhr, nachm. von 4 bis 6 Uhr, Samstags von 8 bis 12 Uhr. Arbeitslos- und Krankengeldungen nur von 10 bis 12 Uhr vorm. täglich. (Sonntags, Feiertags und Samstags nachmittags geschlossen.) Zentralherberge: Wockenbach 10.

Wilhelmshaven und Umgegend. Bureau: Küstlingen, Küstlinger Straße 28. Geöffnet: Wochentags von 7 bis 8 Uhr abends. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat.